

Für die Grünen wäre noch viel mehr dringeliegen

Der Erfolg bei den Wahlen 2019 verdankt die Partei abtrünnigen SP-Wählern – die Basis konnte sie aber nicht mobilisieren

MICHAEL SURBER

Nicht auszumalen, was für ein bombastisches Ergebnis die Grünen (GPS) im Oktober 2019 eingefahren hätten, wäre es ihnen gelungen, ihre Wählerschaft von 2015 auch bei diesen eidgenössischen Wahlen an die Urne zu bringen. Doch genau darin sind die Grünen kolossal gescheitert, wie die neuste Schweizer Wahlstudie Selects zeigt: 44 Prozent derjenigen, die 2015 grün einlegten, nahmen 2019 überhaupt nicht mehr an den Wahlen teil. Angesichts dessen, dass das Klimathema den Wahlkampf dominierte und somit auch die grüne Stammwählerschaft hätte mobilisieren sollen, ist dies eine äusserst erstaunliche Erkenntnis, welche vor allem den Grünen selbst zu denken geben muss. Zumal in der hiesigen Politiklogik jedes zusätzliche Wählerprozent ein gewichtiges Argument für einen eigenen Bundesratsplatz sein kann.

Die Wahlen 2019 waren für die Grünen natürlich dennoch ein Grosse Erfolg. Mit einem Wähleranteil von 13,2 Prozent fuhr man ein Traumergebnis ein. Wo hätte die Partei also zulegen können, wenn dieses Unterfangen bei der eigenen Wählerbasis von 2015 scheiterte? Die Selects-Studie bestätigt nun, was bereits nach den Wahlen offensichtlich war: Die GPS wilderte vor allem bei der linken Konkurrenz, namentlich bei der SP.

Die Sozialdemokraten selbst bekundeten am meisten Mühe, ihre Wählerschaft von 2015 erneut zu einer Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zu bewegen. Ein grosser Teil (22 Prozent) wanderte 2019 zu den Grünen ab. Nicht unwesentlich war auch der Anteil derjenigen, die

Selects-Wahlstudie

sur. Die Schweizer Wahlstudie Selects untersucht seit 1995 die Wahlteilnahme und das Wahlverhalten bei eidgenössischen Wahlen. Die Aussagen basieren auf verschiedenen Daten. Berücksichtigt wurden eine Nachwahlbefragung von 6664 Wahlberechtigten sowie eine dreimalige Befragung derselben Personen vor und nach den Wahlen mit zwischen 5000 und 8000 Wahlberechtigten pro Befragung.

Auch Aussagen von 2158 Kandidierenden für den National- und Ständerat wurden in der Analyse berücksichtigt. Schliesslich wurden 87 traditionelle Medien sowie die Auftritte der Kandidierenden und Parteien in den sozialen Netzwerken inhaltlich analysiert.



Die Klimademonstrationen vermochten vor allem junge Wähler für den Urnengang vom Oktober 2019 zu mobilisieren. JOEL HUNN / NZZ

neu der GLP ihre Stimme gaben (6 Prozent). Die SP ist somit jene Partei, die im Vergleich mit 2015 am meisten Abwanderung zu verkraften hatte. Der Konkurrenz links und rechts, die das Label «grün» im Namen trägt, hatte die SP im Klimawahljahr 2019 nicht viel entgegensetzen.

Prämien spielten keine Rolle

Schaut man sich an, wie sich die Wählerschaft der Grünen Partei 2019 zusammensetzte, dann wird das Bild für die SP nochmals etwas trüber. Denn bei der GPS überragte neu der Anteil derjenigen Wähler, die 2015 SP gewählt hatten (34 Prozent), den Anteil jener, die bereits vier Jahre vorher den Grünen ihre Stimme gegeben hatten (30 Prozent). Oder anders ausgedrückt: Neu stellte die ehemalige SP-Wählerschaft den grössten Teil des Grünen-Elektorats. Wie treu diese ehemaligen SP-Wähler den Grünen dann sein werden, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

In den Wochen und Monaten vor den Wahlen wurde Politik in der Schweiz

vor allem auf der Strasse gemacht. Die Klimabewegung mobilisierte in sämtlichen grösseren Städten Hunderttausende. Doch nicht nur dort war es ein Thema. So zeigt die Selects-Studie deutlich, dass die Klimadiskussion auch sonst in den Monaten vor den Wahlen in den Schweizer Haushalten präsent war. Interessanterweise spielte das Thema Krankenkassenprämien (Gesundheitswesen), das sonst bei so vielen Umfragen die Hauptsorge von Herrn und Frau Schweizer ist, überhaupt keine Rolle. Die CVP, die ihren Wahlkampf stark darauf abgestützt hatte, hatte daher auch einen schweren Stand.

Ein perfekteres Wahlkampfvehikel als Klimademonstrationen kann man sich als Grüne eigentlich gar nicht vorstellen. Vor allem auch, um eine junge Wählerschaft für die eigene Sache zu gewinnen. Und wenig überraschend ging die Rechnung für die Grünen auf: Einerseits zeigt sich nämlich, dass die allgemeine Wahlbeteiligung gegenüber 2015 in der Alterskategorie der 18- bis 24-Jährigen zunahm (+3 Prozentpunkte). In allen anderen Alters-

kohorten blieb sie derweil mehr oder minder konstant. Es erscheint daher naheliegend, diese erhöhte Mobilisierung der Jungen mit den Protestaktivitäten gegen den globalen Klimawandel in Zusammenhang zu bringen.

Die Selects-Ergebnisse zeigen zudem, dass die Grünen und die Grünliberalen ihren Wahlerfolg vor allem den unter 35-jährigen Wahlberechtigten zu verdanken haben. Denn im Vergleich zu 2015 war der Zuwachs beim jeweiligen Wähleranteil in dieser Altersgruppe eindrücklich: Der Grünen-Wähleranteil stieg bei den 18- bis 34-Jährigen von 8 auf 19 Prozent. Die GLP ist im jungen Elektorat mit einem Wähleranteil von 15 Prozent ähnlich gut verankert.

SVP schöpft Potenzial aus

Die SVP und die Jugend sind eine Paarung, die 2019 ganz offensichtlich nicht spielte. Dies dürfte mit ein Grund gewesen sein, weshalb die SVP im Oktober deutlich an Wählergunst einbüsste. Sie schaffte es schlicht nicht, die unter 35-Jäh-

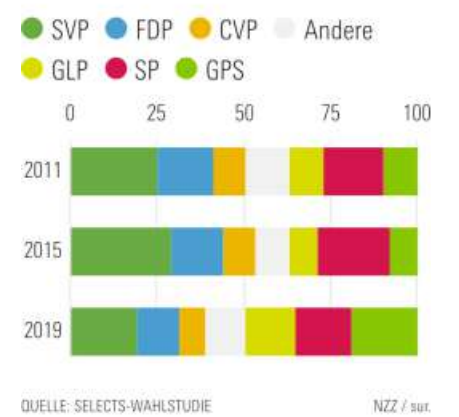
rigen für sich zu gewinnen. Dies war sonst oft ihre Stärke – so zum Beispiel auch vor vier Jahren: Dannzumal legten noch 29 Prozent dieser Alterskohorte für die SVP ein und damit gleich viele wie für die vereinigte Linke (SP und Grüne) zusammen. 2019 sackte dieser Anteil auf 19 Prozent ab. Es ist für die SVP seit 1995 das zweit schlechteste Ergebnis bei den Jungen. Die Partei ist neu unter den unter 35-Jährigen gleich beliebt wie die Grünen. Ein Novum.

Interessanterweise gelang es der SVP trotz allem relativ gut, die eigene Basis zu mobilisieren. Dabei hat die Partei ein klar beschränktes Wählerpotenzial, wie die Selects-Studie vorrechnet: Nur etwas über ein Drittel der Wähler kann sich überhaupt vorstellen, je die SVP zu wählen. Dieser Anteil ist über die letzten 30 Jahre erstaunlich stabil geblieben, einzig bei den Wahlen 2015, welche unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise standen, nahm dieser Anteil minim zu. Und der SVP gelang es bekanntlich auch, diese Stimmung in der Bevölkerung in einen deutlichen Wahlerfolg umzumünzen.

Das eigene potenzielle Elektorat hat die SVP auch 2019, trotz bescheidenem Wahlergebnis, relativ gut abgeholt. Es zeigte sich einmal mehr, dass es bei der SVP nur bedingt auf die Grösse des eigenen Wählerpotenzials ankommt und vielmehr darauf, dass sie dieses abzuschöpfen vermag. 2019 gaben 80 Prozent jener Wähler, die sich gut überhaupt vorstellen können, SVP zu wählen, auch tatsächlich der Partei ihre Stimme. Das ist im Vergleich zu den übrigen Parteien ein absoluter Spitzenwert. Die FDP kommt beispielsweise auf 44, die SP auf 48 Prozent.

SVP und Grüne bei unter 35-Jährigen gleichauf

Wahlentscheid 2019 der unter 35-Jährigen



QUELLE: SELECTS-WAHLSTUDIE

NZZ / sur

Kantone straucheln beim Contact-Tracing

Wegen der steigenden Corona-Fallzahlen kommen nun erste regionale Massnahmen – denn nicht alle halten sich an die Regeln

LARISSA RHYN, ANDRI ROSTETTER

Bundesrat Alain Berset sagte es. Lukas Engelberger, der Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektoren, bekräftigte es. Und Patrick Mathys, der Leiter der Sektion Krisenbewältigung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), wiederholte es noch einmal: «Das Contact-Tracing ist in der gegenwärtigen Phase der zweiten Corona-Welle entscheidend.» Dafür verantwortlich sind die Kantone. Zwar sagte Mathys am Freitag an einer Medienkonferenz in Bern, der Bund sei mit ihnen im engen Austausch. Doch er musste auch eingestehen, dass das BAG nicht weiss, ob das Contact-Tracing in einzelnen Kantonen noch unter Kontrolle ist. «Im Speziellen wissen wir jetzt nicht, wie viele Stellen da überhaupt geschaffen wurden», erklärte der nationale Krisenbewältigungschef.

Erste Kantone haben bereits verkündet, dass sie an ihre Grenzen gelangten. Zum Beispiel der Kanton Zürich. Das ist unter anderem auf einen «Super-spreader»-Fall zurückzuführen. Ein junger Mann hielt sich in mehreren Bars beziehungsweise Klubs auf und hatte möglicherweise mit über 300 Leuten Kontakt. Doch das ist nicht der einzige Fall,

bei dem das Contact-Tracing in Zürich in Verzug geriet.

Denn mittlerweile werden nicht nur schwer auffindbare Personen erst spät benachrichtigt, sondern zumindest vereinzelt auch solche aus dem persönlichen Umfeld von Covid-19-Infizierten. So hat die NZZ Kenntnis von einem Fall, bei dem es nach einem positiven Covid-Test knapp 48 Stunden dauerte, bis eine Kontaktperson von den Zürcher Contact-Tracern informiert wurde. Sie hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst selbst in Quarantäne begeben. Dies, weil ihre Bekannte zum Telefon griff, als sie das positive Testresultat erhalten hatte. Würden alle Erkrankten so viel Eigeninitiative aufbringen und sämtliche Kontaktpersonen freiwillig zu Hause bleiben, wäre das kein Problem. Doch das ist zu bezweifeln, wie ein Fall im Kanton Solothurn zeigt.

Trotz Virus an die Party

Am vergangenen Wochenende hat eine positiv auf Covid-19 getestete Person im Raum Grenchen trotz verordneter Isolation zwei Veranstaltungen besucht. Am Donnerstag entdeckte das Contact-Tracing-

Team des Kantons, dass die Person die Isolationsmassnahmen missachtet hatte. Sie sei bereits im Vorfeld kontrolliert worden und es habe keine Anhaltspunkte für ein unkooperatives Verhalten gegeben, teilte der Kanton mit. Noch am gleichen Abend habe der Kantonsärztliche Dienst für rund 280 Personen eine zehntägige Quarantäne verordnet. Der Kanton Solothurn prüft nun rechtliche Schritte.

Ob neben Zürich noch andere Kantone mit dem Contact-Tracing am Anschlag sind, können auf Anfrage weder der Bund oder der Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte noch die GDK sagen. GDP-Präsident Engelberger erklärt nur: «Ich habe noch keine Kenntnis von einem Kanton, wo das Contact-Tracing ausser Kontrolle ist.» Früher hiess es, die Kantone könnten bei bis zu 100 neuen Fällen pro Tag das Contact-Tracing sicherstellen. Und zurzeit liegt die Zahl seit mehreren Tagen bei über 100. Inzwischen haben jedoch auch viele Kantone ihre Kapazitäten ausgebaut. Die neue Maximalkapazität ist nicht bekannt.

Zürich will nun seine Ressourcen erweitern und das Contact-Tracing teil-

weise an Private auslagern. Letzteres ist aber erst für Ende Sommer geplant. BAG-Krisenstableiter Mathys wies darauf hin, dass die Kantone den Zivildienst für das Contact-Tracing aufbieten könnten – oder im Extremfall auch die Unterstützung der Armee. Der Bund habe aber sonst keine Einsatzmittel, um den Kantonen zu helfen.

Es ist höchste Zeit

Die GDK hat am Freitag sämtlichen Kantonen empfohlen, in Bars und Klubs eine Ausweispflicht einzuführen. Zudem sollen die Lokale mit einschränkenden Massnahmen belegt werden können, sollten sie die Schutzmassnahmen nicht einhalten oder Personendaten nicht erfassen. «In den vergangenen Tagen zeigte sich, dass die Schutzkonzepte für Bar- und Klubbetriebe teilweise erhebliche Mängel aufweisen oder umgangen werden können», schreiben sie in einer Mitteilung.

Im Verlauf der Woche hatten bereits die Kantone Zürich, Bern und Aargau bekanntgegeben, dass sie eine Ausweispflicht für Bar- und Klubbesuche einführen würden. Am Freitag zogen zudem Luzern, Baselland und Basel-Stadt

nach. Im Kanton Luzern gilt für Klubs und Barbetriebe ab Samstag eine Ausweispflicht, in beiden Basel ab Montag. In Luzern werden die Betreiber zudem verpflichtet, die Handynummer stichprobenweise bei mindestens 20 Prozent der Gäste zu verifizieren.

Nachdem der Bundesrat am Mittwoch ziemlich eindeutig klargemacht hat, dass es nun höchste Zeit dafür sei, dass die Kantone Verantwortung übernehmen, häufen sich plötzlich die Meldungen über kantonale Corona-Massnahmen. Der Kanton Tessin verschärft die Regeln am stärksten: Menschenansammlungen von über 30 Personen werden verboten, und in Ausgehlokalen dürfen maximal 100 Personen bewirtet werden. Schweizweit gilt nach wie vor die Regelung, dass Nachtclubs pro Abend 300 Personen aufnehmen dürfen. Im Kanton Jura hat die Regierung eine Maskentragpflicht für Einkaufsläden beschlossen. Sie tritt am Montag in Kraft und gilt vorerst für zwei Monate. Im Kanton Waadt gilt ab Mittwoch ebenfalls eine Maskentragpflicht in Einkaufsläden, in denen sich mehr als zehn Personen aufhalten. Zürich schliesst mehrere Badeanstalten und schränkt bei weiteren den Zugang ein.